



EU-Ministerratsausschuss 24.5.2006

## AGENDA-VORANSCHLAG ZUR FINNISCHEN EU-PRÄSIDENTSCHAFT

Die finnische EU-Ratspräsidentschaft beginnt am 1.7.2006. Grundlage für die Arbeit während der Präsidentschaft ist das mit Österreich im Jahre 2006 aufgesetzte Arbeitsprogramm, das im Dezember 2005 veröffentlicht wurde. Die damals festgelegten Pläne wurden danach präzisiert. Die Ziele können aber erst nach Kenntnis der Ergebnisse des Europäischen Rats im Juni 2006 abschließend definiert werden.

Finnland ist der Ansicht, dass man das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union mit konkreten Ergebnissen bei solchen Fragen verbessern kann, bei denen ein gemeinsames Vorgehen der EU wesentlich erfolgversprechender ist als das Vorgehen einzelner Länder. Finnland konzentriert sich während seiner Präsidentschaft insbesondere auf die aktuellen Herausforderungen Europas wie Globalisierung, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, Alterung der Bevölkerung, Klimaveränderung und Sicherheit.

Um die Akzeptanz der EU zu stärken, muss auch gezeigt werden, dass die Union offen agiert, effiziente Entscheidungen herbeiführt und eine qualitative EU-Gesetzgebung praktiziert. Finnland wird diese Ziele während seiner Präsidentschaft vorantreiben.

In diesem Memorandum werden die zentralen Sachfragen der finnischen Ratspräsidentschaft im Hinblick auf die horizontalen Fragen wie auch auf dem jeweiligen politischen Sektor skizziert. Mit dem Memorandum wird der vom EU-Ministerratsausschuss am 11.11.2005 verabschiedete Agenda-Voranschlag zur finnischen Ratspräsidentschaft aktualisiert.

### 1. HORIZONTALER FRAGEN

#### ZUKUNFT DER EU

Im Juni 2006 erfolgt im Europäischen Rat eine Gesamtbewertung über die in den Mitgliedsländern geführten Diskussionen, und es wird über den weiteren Prozess des Verfassungsvertrags entschieden. Der Verfassungsvertrag wird als Teil eines umfassenderen Komplexes der Zukunft der Europäischen Union aufgefasst. Die abschließenden Erklärungen des Europäischen Rats bilden die Grundlage für den Verfassungsvertrag sowie für die Entwicklung der Arbeit der Union während der finnischen Präsidentschaft.

Es ist das Ziel, während der finnischen Präsidentschaft eine vorbereitende Bestandsaufnahme für die Fortsetzung des Verfassungsvertragsprozesses in Gang zu setzen. Der Prozess zum Vertrag muss weitergeführt werden. Nur eine Fortsetzung der Denkpause fördert nicht in hinreichendem Maße das Vorantreiben des Verfassungsvertragsprozesses. Es ist das Ziel, dass Finnland und die folgenden Ratspräsidenten den

#### STAATSKANZLEI

Gegenstand durch Konsultationen in den Handlungsgremien und mit den anderen Mitgliedsstaaten klären.

Die Arbeit der Union und ihre Entwicklung darf aufgrund der Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des Verfassungsvertrags nicht zum Stillstand kommen. Die Union muss seine Arbeit schon im angebotenen Rahmen des Verfassungsvertrags weiterentwickeln. Es ist das Ziel Finnlands, dass während der Ratspräsidentschaft insbesondere die Möglichkeiten im Hinblick auf eine Entwicklung der Außenbeziehungen der Union, der Verbesserung der strafrechtlichen und polizeilichen Zusammenarbeit sowie im Hinblick auf vermehrte Offenheit des Rats ausgelotet werden.

In den Diskussionen der Mitgliedsländer traten auch viele andere die Entwicklung der Union betreffende Fragen auf, für deren Zuständigkeit die finnische Ratspräsidentschaft in den abschließenden Erklärungen des Europäischen Rats im Juni das Mandat erhalten könnte. Dazu gehören unter anderem die das Subsidiaritätsprinzip verbessernden Projekte und die Stärkung der nationalen Parlamente bei der Behandlung von EU-Fragen sowie eine verbesserte Präsenz der EU-Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

Finnland wird sich mit Sorgfalt dieser Fragen annehmen und sie konstruktiv und effektiv voranbringen.

## ERWEITERUNG

Während der finnischen Ratspräsidentschaft werden die Fortschritte von Bulgarien und Rumänien hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen für eine EU-Mitgliedschaft verfolgt. Die Kommission gab am 16.5. im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Monitoring-Berichts eine Einschätzung über den Stand der Beitrittsvorbereitungen ab, wonach Bulgarien und Rumänien Anfang 2007 der Union beitreten können, wenn sie die noch offenen Verpflichtungen erfüllen und die im Kommissionsbericht dringend angemahnten Maßnahmen umsetzen. Im Juni behandelt der Europäische Rat die Angelegenheit auf der Grundlage der Bewertung der Kommission. Die Kommission veröffentlicht spätestens im Oktober 2006 die neuen Monitoring-Berichte und eine auf ihnen basierende Einschätzung, ob die Länder Anfang kommenden Jahres beitreten können.

Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei werden gemäß der allgemeinen Erweiterungsprinzipien weitergeführt: gleiche Behandlung der Bewerberländer und Weiterführung des Prozesses gemäß der eigenen Leistungen. Während der Ratspräsidentschaft ist von zentraler Bedeutung die Behandlung der sog. Screening-Berichte der Kommission über den Vergleich der Gesetzgebungen Kroatiens, der Türkei sowie der EU. Abhängig von den Fortschritten bei der Behandlung der Berichte ist auch die Festsetzung der Bewertungskriterien als Bedingung zur Eröffnung und/oder Schließung bestimmter Verhandlungen wie auch die Eröffnung und/oder Schließung bestimmter Verhandlungen selbst von Bedeutung.

Die EU hat vereinbart, während des Jahres 2006 die Fortschritte der Türkei im Rahmen des Zusatzprotokolls des Vertrags von Ankara zu überprüfen. Diese Überprüfung wird im Oktober-November 2006 aktuell. Die Behandlung dieser Angelegenheit kann von großer Bedeutung für die EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei sein.

Falls während der österreichischen Ratspräsidentschaft die für 2006 vereinbarten allgemeinen Erweiterungsgespräche nicht geführt wurden, werden diese in die finnische Ratspräsidentschaft fallen. Finnland ist zur Organisation dieser Gespräche bereit. Die

Gespräche können auf der Grundlage der Erweiterungsdokumente der Kommission geführt werden.

## VERBESSERTE RECHTSVORSCHRIFTEN

Die Verbesserung der Qualität der EU-Rechtsvorschriften fördert in bedeutendem Umfang die europäische Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung. Finnland sieht es als eine positive Tatsache, dass man innerhalb der EU in den vergangenen Jahren Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtsvorschriften ergriffen hat. Alle Gremien der Union sollen ihre Aufmerksamkeit dieser Sache widmen und im Rahmen der Ratspräsidentschaft will Finnland darauf hinwirken, dass sich das Prinzip bessere Rechtsvorschriften als Teil der alltäglichen Arbeit des Rats etabliert. Um Ergebnisse auf diesem Gebiet zu erzielen, bedarf es politischen Willens und einer pragmatischen Herangehensweise.

Finnland konzentriert sich insbesondere auf die Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen. Es ist das Ziel, dass die wirtschaftlichen, sozialen und auf Umwelt zielenden Prognosen der Kommission im Rahmen der gesetzgeberischen Vorschläge zunehmend im Rat genutzt werden und dass die im Rat verhandelten bedeutendsten Änderungen vor ihrer politischen Entscheidung im Rat im Hinblick auf ihre Auswirkungen abgeschätzt werden. Mithilfe dieser Folgeabschätzungen lässt sich der Bedarf an neuen Rechtsvorschriften und die dafür notwendigen Mittel sorgfältig abwägen.

Finnland strebt auch eine Förderung der Vereinfachung der gesetzlichen Regelungen im Rat an. Mit der Vereinfachung der Gesetzgebung wird die Aufrechterhaltung des politischen Ziels einer Rechtsvorschrift angestrebt, aber auf effektivere und klarere Weise. Der Zweck der Vereinfachung besteht auch darin, die Gesetzgebung der EU auf aktuellem Niveau zu halten. Während der Ratspräsidentschaft wird auch die Arbeit der Kommission weiterverfolgt, die durch die laufenden EU-Rechtsvorschriften verursachten Verwaltungskosten zu berechnen und die Initiativen zur Reduzierung von unnötigen Kosten zu fördern.

## OFFENHEIT

Eine vermehrte Offenheit ist ein wichtiges Mittel, das Vertrauen der Bürger in die Arbeit der Union zu stärken. Die Bürger müssen den Hintergrund von Entscheidungen nachvollziehen können. Dies betrifft sowohl Dokumente als auch Diskussionen. Finnland strebt während seiner Ratspräsidentschaft an, das Gremiensystem und die Verwaltung der Union zu vereinfachen und in eine offenere Richtung, im Sinne einer bürgernahen Verwaltung zu entwickeln. Mit der Förderung der Offenheit bei der Arbeit des Rates werden eine Dokumentenöffentlichkeit und effektive Kommunikation sowie eine Verbesserung der Öffentlichkeit bei Entscheidungen angestrebt.

Auf der Grundlage der im Dezember 2005 verabschiedeten Erklärungen des Rats sowie der Ausrichtungen des Europäischen Rats im Juni 2006 wird Finnland die Offenheit der Ratssitzungen erweitern. Gemäß der voraussichtlichen Ausrichtung der Aufgaben im Juni gilt als Hauptregel für die nach dem Mitentscheidungsverfahren geführten Verhandlungen über Gesetze das Prinzip der Öffentlichkeit auf Ministerebene. Auch für andere als nach dem Mitentscheidungsverfahren geführte Gesetzgebungen und Gespräche auf Ministerebene über die Arbeitsplanung des Rates betreffende Programme wird das Prinzip der Offenheit erweitert.

Offenheit wird auch durch eine aktive Kommunikation gefördert, welche die Möglichkeiten moderner Technik zu nutzen weiß. Die Internetseiten zur Ratspräsidentschaft, die am 31.5. freigeschaltet werden, wollen sich möglichst klar und benutzerfreundlich präsentieren. Falls das eigene Übertragungssystem des Rates nicht bis Anfang Juli fertig wird, ist Finnland bereit, die öffentlichen Teile der Ratssitzungen über seine Internetseiten zur Präsidentschaft zu vermitteln.

## FINANZIERUNGSRAHMEN FÜR DIE JAHRE 2007-2013

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission einigten sich im April 2006 über den Gesamtumfang des Finanzierungsrahmens für die Jahre 2007 – 2013 sowie seine Verteilung auf einzelne Bereiche. Diese zwischen den Gremien getroffene vertragliche Vereinbarung ermöglicht eine Entscheidungsfindung für die Verhandlungen über verschiedene Politikprogramme vor dem Beginn der neuen Programmperiode 2007.

Es gibt nahezu 40 Politikprogramme, darunter die Strukturfonds-Programme, das 7. Rahmenprogramm für Forschung, Ausbildungsprogramme, Instrumente für die äußeren Aktivitäten der EU sowie Programme zur Unterstützung europaweiter Netzwerke. Die Verhandlungen über diese Programme u. a. mit dem Europäischen Parlament sind während der finnischen Ratspräsidentschaft abzuschließen, damit ein Inkrafttreten der Programme zu Beginn der neuen Periode nicht unnötig verzögert wird.

Die Entscheidung über den Finanzrahmen hat auch Auswirkungen auf das EU-Budget 2007, in dessen Zusammenhang die neuen Finanzrahmen zum ersten Mal umgesetzt werden. Finnland hat im Hinblick auf den Budgetprozess im Jahre 2006 die Präsidentschaft.

Das Ziel ist dabei, die Finanzierung der Union, also die Ratsentscheidung über das sog. System der Eigenmittel, während der finnischen Ratspräsidentschaft zu vollenden.

## 2. POLITIKSEKTOREN

### WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Europas Erfolg im globalen Wettbewerb ist einer von Finnlands zentralen Schwerpunkten während seiner Ratspräsidentschaft. Die politische Diskussion über die Herausforderungen der Globalisierung wird mit dem Ziel fortgesetzt, die Mittel zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Union in einem Gesamtzusammenhang zu überprüfen. In diesem Zusammenhang betont Finnland insbesondere die Weiterentwicklung des Binnenmarkts (besonders Dienstleistungen und Energie), Innovationen, Verbesserung der Arbeitsproduktivität, und dazu die Verbesserung der Qualität des Arbeitslebens sowie die Entwicklung der Energiepolitik der Union. Die zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gehörenden Themen werden in verschiedenen Ratszusammensetzungen und in diesem Memorandum unter den verschiedenen Politiksektoren behandelt.

#### Binnenmarkt

Finnland wird während seiner Ratspräsidentschaft die Weiterentwicklung des Binnenmarkts betonen und hält darüber hinaus die Binnenmarktpolitik und das Funktionieren der Märkte für einen die Wettbewerbsfähigkeit Europas fördernden Faktor. Die Ausrichtung auf die Binnenmarktpolitik wird als Teil einer weiteren Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit verstanden. Die noch vorhandenen Beschränkungen im Binnenmarkt sind zu beseitigen,

damit man umfassend von der wirtschaftlichen Integration profitieren kann. Das setzt voraus, dass sowohl die Gesetzgebung auf EU-Ebene als auch die gültige Gesetzgebung in allen Mitgliedsstaaten effektiv umgesetzt werden. In der erweiterten Union ist auch die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten für das Funktionieren des Binnenmarkts von zentraler Bedeutung.

Die Bedeutung der Dienstleistungsmärkte ist ein zentraler Aspekt für die Entwicklung des Binnenmarkts und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Verbraucher würden von der Öffnung der Dienstleistungsmärkte profitieren, sie würde neue Arbeitsplätze schaffen, den Wettbewerb stärken und als wirtschaftlicher Wachstumsmotor wirken. Die Kommission veröffentlichte im April 2006 seine modifizierte Fassung der Dienstleistungsrichtlinie. Die Dienstleistungsrichtlinie ist für die Ratspräsidentschaft ein eindeutiger Schwerpunkt und wir haben als Zielsetzung, die Verhandlung des Vorschlags möglichst weit voranzubringen.

## Innovation und Forschung

Finnland bemüht sich um die Entwicklung einer breit gefächerten Innovationspolitik während seiner Ratspräsidentschaft, u. a. auf der Grundlage der Empfehlungen aus dem Innovationsbericht von Esko Aho. Ausgangspunkt ist die Nachfrage nach Innovationen aus einer erweiterten Perspektive. Obwohl die nationalen und EU-weiten Anstrengungen bei der Finanzierung und ihrer effektiven Verteilung in Forschung und Entwicklung wichtig sind, wird eine nachhaltige Wirkung der Innovationspolitik nur durch Innovationen anregende Märkte und neue Nachfrage erzielt. Wichtige Elemente sind hierbei u. a. Standards, öffentliche Anschaffungen, intensiviertes Marktgeschehen, Mobilität von Forschungsressourcen sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Unternehmen.

Zu den neuen Inhalten und Herausforderungen der Innovationspolitik wird ein Bericht erstellt, auf dessen Grundlage die Entwicklungsleitlinien und Empfehlungen für die Innovationspolitik bis Ende 2006 aufgezeichnet werden. Dazu gehören u. a. ein Überblick über die beste Innovationspraxis in den Mitgliedsländern, mit der Innovationen effektiv wirtschaftlich umgesetzt werden und neue Nachfrage nach Innovationen geschaffen wird.

Das 7. Rahmenprogramm für Forschung der EU (2007-2013) ist während der Ratspräsidentschaft die wichtigste auf EU-Ebene anstehende Entscheidung zur Forschungs- und Innovationspolitik. Es ist das erklärte Ziel Finnlands, die Verhandlungen zum Rahmenprogramm in seiner Ganzheit zur Entscheidung zu bringen, damit das Rahmenprogramm Anfang 2007 gestartet werden kann.

## Chemikalienpolitik

Mit dem neuen Vorschlag zur Chemikalienverordnung soll die Beherrschung der durch Chemikalien verursachten Risiken verbessert und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemieindustrie durch die Schaffung eines neuen Monitoring-Systems (REACH-System), dass die Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe umfasst, aufrechterhalten werden. Die politische Einigung des Europäischen Rats erfolgte im Dezember 2005. Es ist das Ziel Finnlands, die Verordnung bis zum Ende des Jahres zu verabschieden.

## WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

Der Rat setzt die Anpassung des Pakts für Stabilität und Wachstum mit den erneuerten Praxisregelungen fort. Das Jahr 2006 ist in zahlreichen Mitgliedsländern hinsichtlich der Stabilisierung der öffentlichen Haushalte kritisch. Im Herbst 2006 wird auch zum ersten Mal die Umsetzung der nationalen Lissabon-Programme der Mitgliedsländer bewertet.

Zwei Länder (Slowenien und Litauen) haben mitgeteilt, dass sie sich Anfang 2007 der Euro-Zone beitreten wollen. Der Rat wird eine gründliche Bewertung darüber abgeben, ob diese Länder die Konvergenzkriterien so weit erfüllen, dass eine Entscheidung über den Beitritt zur Euro-Zone während des Jahres 2006 erfolgen kann. Die Bewertung begann im Frühjahr 2006, und die möglichen Entscheidungen erfolgen während der finnischen Ratspräsidentschaft.

Im Hinblick auf die Steuerpolitik ist das allgemeine Ziel der EU, für ein effektiveres und transparenteres Regelwerk zu sorgen und den Entwicklungsbedarf für Steuerregelungen auf EU-Ebene auszuloten. Darüber hinaus sollen störende Beschränkungen im grenzüberschreitenden Verkehr und wettbewerbsverzerrende Bedingungen beseitigt werden. Hinsichtlich der indirekten Besteuerung wird die Reformierung des Umsatzsteuersystems während der finnischen Präsidentschaft weitergeführt, wie auch im Hinblick auf die direkte Besteuerung eine Harmonisierung der Besteuerungsgrundlage für Unternehmenssteuern weitergeführt wird. Während der finnischen Präsidentschaft ist das Ziel, die Mindestbesteuerung für Alkohol, insbesondere die Branntweinsteuer, zu erhöhen.

Das Ziel im Hinblick auf Finanzdienstleistungen ist, eine Entscheidung über die Anwendung des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen herbeizuführen und sich bei den weiteren Maßnahmen zum Aktionsplan der Finanzdienstleistungen auf die Jahre 2005 – 2010 zu konzentrieren. Finnland setzt die Verhandlungen über die Schaffung einer gemeinsamen Zahlungsverkehrszone im Rahmen der Zahlungsverkehrsdienstleistungsrichtlinie fort. Regelungen betreffend der Eigentümerkontrolle werden im Bank-, Wertpapier- und Versicherungsbereich erneuert. Während der finnischen Präsidentschaft ist ein Verhandlungsbeginn über den Richtlinienvorschlag für ein Clearingsystem für Wertpapiere möglich. Ebenfalls wird die Arbeit zur Stabilität der Finanzmärkte, zum Krisenmanagement des Einlageschutzsystems und zur Entwicklung der Kontrolle grenzüberschreitender Finanzmarktakteure fortgesetzt.

Der Rat entscheidet im Herbst 2006 auch über die Erneuerung des Mandats der Europäischen Investitionsbank über die Gewährung von Krediten außerhalb der EU. In der Entscheidung werden für die verschiedenen geografischen Regionen die Kreditbürgschaften festgelegt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, über neue Regionen zu entscheiden, denen Kredite unter Berücksichtigung der Erweiterung und der erneuerten EU-Nachbarschaftspolitik gewährt werden können.

## VERKEHR

Im Verkehrsbereich ist die Logistik der Schwerpunkt, denn sie ist von zentraler Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit, das Wirtschaftswachstum, die nachhaltige Entwicklung und eine regional ausgeglichene Entwicklung Europas. Die Logistik muss u. a. durch Verbesserung der Logistikdienstleistungsmärkte, verbesserte Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik und durch Infrastrukturinvestitionen in schwach entwickelte Regionen intensiviert werden. Die EU-Gesetzgebung im Verkehrsbereich muss vermehrt ihre Auswirkungen auf die Logistik im Gewerbebereich berücksichtigen.

Der Logistikinformationsbericht der Kommission und die damit verbundenen Auswirkungszusammenhänge werden im Juni 2006 fertig sein, und die Vorschläge

und/oder Gesetzgebungsprojekte beinhaltende Aktionsprogramm wird im Jahre 2007 veröffentlicht. Die Behandlung des Informationsberichts während der Ratspräsidentschaft hängt weitgehend von ihrem Inhalt ab. Finnland startet während der Präsidentschaft eine das Thema betreffende Diskussion mit dem Ziel, dass der Rat zumindest eine abschließende Erklärung verabschiedet, um die Kommission mit Blick auf konkrete Maßnahmen entsprechend zu informieren.

Finnland setzt die Behandlung der anderen Projekte fort, die während der österreichischen Präsidentschaft angestoßen wurden. Darunter die bedeutendsten Fragen zum außereuropäischen Flugverkehr (darunter die Fragen zu den Überflugkosten in Sibirien), zum dritten Seeverkehrssicherheitspaket, zum Kurzstreckenseeverkehr und zu den Verhandlungen mit dem Europaparlament über das dritte Eisenbahnpaket sowie zu öffentlichen Personenverkehrsdienstleistungen. Finnland setzt auch die Arbeiten zum europäischen Satellitenortungssystem (GALILEO) fort. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den damit verbundenen Dienstleistungen, der internationalen Zusammenarbeit sowie den Sicherheits-, Finanzierungs- und Vertragsfragen.

## ELEKTRONISCHE KOMMUNKATION

Finnland setzt den Schwerpunkt bei der Förderung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Netz- und Datensicherheit. Der Rat behandelt den im Jahre 2006 von der Kommission zu erwartenden Aktionsplan zur Verbesserung der europäischen Netzsicherheit mit dem Ziel der Verabschiedung einer Abschlusserklärung. Der Aktionsplan ist Teil der neuen i2010 Informationsgesellschaftsstrategie der Kommission, deren effektive Umsetzung Finnland anstrebt.

Finnland bemüht sich während seiner Präsidentschaft die Behandlung der Verordnungsvorschläge zu den internationalen Roaming-Gebühren in Rat und Parlament voranzutreiben. Ein Kommissionsvorschlag dazu ist im Juli zu erwarten. Im Rahmen einer neuerlichen Überprüfung des Gesetzgebungspakets zur elektronischen Kommunikation ist für den Sommer 2006 der Anwendungsbericht der Kommission zu erwarten, zu dem die Kommission noch vor den eigentlichen Richtlinienvorschlägen eine offene Anhörung veranstalten wird. Finnland wird zur Diskussion der Überprüfung des Gesetzespakets zu einem inoffiziellen Telekommunikationsminister-Abendessen im Dezember im Rahmen der Ratssitzung einladen.

## ENERGIE

Die Entwicklung der Energiepolitik der Union ist ein zentrales Anliegen Finnlands während seiner Ratspräsidentschaft. Die Kommission veröffentlichte am 8.3.2006 das Grünbuch „Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit“. Das Grünbuch wurde schon während der österreichischen Präsidentschaft diskutiert. Im Frühjahr 2006 wurde im Europäischen Rat vereinbart, dass ein eine umfassende Energiepolitik betreffender Aktionsplan im Frühjahr 2007 verabschiedet wird und auch der erste jährliche strategische Energiebericht im Frühjahr 2007 im Europäischen Rat behandelt wird. Während der finnischen Präsidentschaft wird an der Vorbereitung dieser Entscheidungen gearbeitet und die Kommission über die Schwerpunkte der energiepolitischen Entwicklung des Rates instruiert. Als Teilbereiche der Energiepolitik konzentriert sich Finnland insbesondere auf die äußeren Aspekte, wie Strom- und Gasbinnenmarkt, Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien.

Von zentraler Bedeutung ist die Entwicklung der äußeren Beziehungen bei energiepolitischen Fragen, weil die Union von äußeren Energiequellen abhängig ist. Die energiepolitischen Ziele und äußeren Beziehungen sollten enger miteinander verknüpft werden, so dass in den äußeren Beziehungen zunehmend energie- und klimapolitische Ziele unterstützt werden. Energiefragen spielen in zahlreichen Konferenzen mit Drittländern während der finnischen Präsidentschaft eine bedeutende Rolle.

Finnland betont während seiner Präsidentschaft die Entwicklung des EU-Russland-Dialogs und dessen Umgestaltung zu mehr Offenheit. Die Rolle des Rats soll gestärkt werden und hierbei kann als ein Instrument der ständige Partnerschaftsrat (PPC, Permanent Partnership Council) bei den regelmäßigen Treffen zu Energiefragen dienen. Finnland wird aller Wahrscheinlichkeit nach während seiner Präsidentschaft eine PPC-Konferenz zu Energiefragen einberufen. Die Entwicklung des Energiedialogs lässt sich auch mit der Erneuerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens, PKA, im Jahre 2007 verbinden.

Im Juni 2006 behandelt der Europäische Rat das strategische Papier für Außenbeziehungen des Hohen Repräsentanten Solana und der Kommission. Die abschließenden Erklärungen des Europäischen Rats geben die Leitlinien für die Arbeit während der finnischen Präsidentschaft vor.

Finnland wird sich während seiner Präsidentschaft für die effektive Geltendmachung der Binnenmärkte für Strom Gas einsetzen. Funktionierende Märkte tragen dazu bei, sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der EU als auch die Versorgungssicherheit mit Energie zu fördern. Die Durchführung und der Bedarf für mögliche weitere Maßnahmen werden mit Blick auf den Ende des Jahres zu erwartenden Schlussbericht zum Wettbewerb und den Informationsbericht zur Verwirklichung des Binnenmarktes behandelt.

Auf der Grundlage des im Sommer 2006 der Kommission zur Verfügung stehenden Aktionsplans zur Energieeffizienz werden die zukünftigen Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz aufgezeichnet. Dieses Thema wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch im Dialog mit zahlreichen Drittländern eine Rolle spielen.

Die Diskussionen über langfristige Strategien zu erneuerbaren Energien, u. a. über mögliche neue quantitative Ziele, reichen möglicherweise bis in die deutsche Ratspräsidentschaft, weil die Kommission den Fahrplan zu erneuerbaren Energien erst im Jahre 2007 veröffentlicht. Finnland möchte dennoch auf die sorgfältige Vorbereitung der Diskussionen zu erneuerbaren Energien während seiner Präsidentschaft Einfluss nehmen, damit die Entscheidungen auf möglichst umfassenden und zuverlässigen Informationen beruhen.

## ARBEITS-, SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

### Arbeits- und Sozialpolitik, Gleichstellung und Arbeitsrecht

In diesem Bereich sind die zentralen Schwerpunkte, Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung und die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur zu finden. Die europäische Bevölkerung altert zunehmend in den kommenden Jahrzehnten und der Anteil der arbeitenden Bevölkerung nimmt nach dem Jahre 2010 ab. Finnland setzt die Diskussion über die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur Europas fort. Ziel ist, auf der Grundlage des Informationsberichts der Kommission die erforderlichen Maßnahmen als Teil der Lissaboner Strategie für die Jahre 2006 – 2010 in Gang zu setzen und die Zukunft nach 2010 zu überprüfen.

Es wird versucht, durch Verbesserung der Arbeitsproduktivität über die Entwicklung der Arbeitsorganisation und des Arbeitslebens den Herausforderungen der Globalisierung entgegenzutreten wie auch durch die Fortsetzung der Diskussion über den Ausgleich zwischen Flexibilisierung und Sicherheit des Arbeitslebens. Im Rahmen der flexiblen Sicherheit sollen die allgemeinen Grundsätze unmittelbar nach der finnischen Ratspräsidentschaft verabschiedet werden. Bei der Vorbereitung der Grundprinzipien rückt Finnland insbesondere die Verbesserung der Qualität des Arbeitslebens als Mittel zur Verbesserung des Beschäftigungsgrads und der Produktivität in den Vordergrund. Die Kommission gibt während der finnischen Präsidentschaft ein Grünbuch zur Zukunft des Arbeitsrechts heraus, in dem u. a. neue Arbeitsformen und der Ausgleich zwischen Flexibilisierung und Sicherheit im Arbeitsleben behandelt werden. Auf der Grundlage des Informationsberichts wird eine Ausrichtung der Ansichten der Kommission auf die nahen Herausforderungen im Rahmen des Arbeitsrechts zur Unterstützung der weiteren Arbeit der Kommission angestrebt.

Finnland wird auch die Umsetzung der im März 2006 im Europäischen Rat verabschiedeten Europäischen Gleichstellungsvereinbarung voranbringen und bei der Gleichstellungspolitik sowie der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie besonders die Rolle des Mannes in der Diskussion hervorheben. Auch Fragen der rechtmäßigen Einwanderung im Zusammenhang mit der Sicherung des Arbeitskräftenachschubs in einem alternden Europa bestimmen die Behandlung des Demografiethemas.

Die Entscheidungen des EuGH über die Arbeitszeiten für Ärzte machen es für die Gesundheitssysteme der Mitgliedsstaaten unumgänglich, dass man spätestens während der finnischen Präsidentschaft zu einer Entscheidung bei der Arbeitszeitrichtlinie kommt. Dies ist Priorität Finnlands. Die Leiharbeitsrichtlinie betreffenden Verhandlungen liegen auf Eis. Finnland ist bereit, die Verhandlungen auf der Grundlage eines neuen Kommissionsvorschlages voranzutreiben, der die Stellung von Leiharbeitern in Europa verbessert.

Finnland hat sich zum Ziel gesetzt, eine Entscheidung über die Gründung eines Europäischen Globalisierungsfonds auf den Weg zu bringen, so dass der Fonds gemäß des im März 2006 vom Europäischen Rat festgelegten Zeitplans zum 1.1.2007 zur Verfügung steht. Der Zweck des Fonds ist, die Arbeiter, die als Folge der Globalisierung ihren Arbeitsplatz verloren haben, bei der Neubeschäftigung zu unterstützen. Finnland setzt auch die Diskussionen über die sozialen Dimensionen der Globalisierung fort, insbesondere auf der Grundlage des Informationsberichts der Kommission über angemessene Arbeit.

Es ist das Ziel Finnlands, die Gründung eines Europäischen Gleichstellungsinstituts zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der Gleichstellungsarbeit und -forschung zum Abschluss zu führen und die Arbeitsaufnahme des Instituts Anfang 2007 zu gewährleisten. Das setzt voraus, dass eine endgültige Entscheidung über die Gründungsverordnung und den Standort des Instituts gefällt wird.

Die Mobilität von Arbeitnehmern wird vorangebracht, indem die Verhandlungen über den Richtlinienvorschlag zur Übertragbarkeit von Zusatzrenten sowie durch möglichst zügige Fortschritte bei der Ausführungsverordnung der Verordnung zur sozialen Sicherheit vorangetrieben werden.

## Gesundheitspolitik

Der Schutz der Gesundheit ist in der gesamten Gemeinschaftspolitik und im Gründungsvertrag eine gemeinsame Verpflichtung, dessen konkreten Inhalt Finnland während seiner Präsidentschaft verdeutlichen möchte. Finnland bemüht sich auch um eine

endgültige Entscheidung zum Gesundheitsschutzprogramms der Gemeinschaft für die Jahre 2009 – 2013.

Der Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten zur Pandemieprävention wird in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für Seuchenprävention und -bekämpfung fortgeführt. Die zentralen Fragen zur aktuellen Zusammenarbeit betreffen die Möglichkeiten zur Einrichtung einer EU-eigenen Arzneimittelbevorratung, deren Zweck in der Ergänzung der Lager der Mitgliedsstaaten liegt und eine schnelle Medikamentenversorgung im Falle eines Seuchenausbruchs gewährleistet. Bei der Pandemieabwehr arbeitet die EU eng mit der WHO zusammen.

Bei der Arzneimittel und medizinische Geräte betreffenden Gesetzgebung ist das Ziel Finnlands in der ersten Lesung der Kommissionsvorschläge zum politischen Vertrag eine Erneuerung der Verordnung zu lang zu entwickelnden therapeutischen Medikamenten und zu den Richtlinien für medizinische Geräte herbeizuführen. Während der finnischen Präsidentschaft wird zum ersten Mal das Arzneimittelforum zusammentreten. Der Zweck des Forums ist, die strategische Richtungsvorgabe für Arzneimittel und die Wettbewerbsfähigkeit behandelnde G-10-Arbeitsgruppe zu definieren.

#### AUSBILDUNGS-, KULTUR-, JUGEND- UND AUDIOVISUELLE ANGELEGENHEITEN

Es ist das Ziel Finnlands, während der Ratspräsidentschaft die Entscheidungen zu den mehrjährigen Kooperationsprogrammen zu optimieren. Das Aktionsprogramm zum lebenslangen Lernen sowie die Kultur 2007-, Medien 2007-, Jugend und Bürger Europaprogramme starten Anfang 2007.

Finnland hebt während seiner Präsidentschaft insbesondere die Qualität der Ausbildung, Effektivität und Gleichstellung hervor. Während der finnischen Präsidentschaft werden im Rat Themen behandelt, die den Informationsbericht der Europäischen Kommission betreffen. Innerhalb der EU bedarf es größerer Anstrengungen in den Bereichen Ausbildung und Humankapital zur Förderung des Ziele der Lissabon-Strategie.

Als Ratspräsident wird Finnland den Aufbau einer europäischen Hochschullandschaft und die europäische Kooperation im Bereich der beruflichen Ausbildung als Teil der Lissabon-Strategie umsetzen. In Finnland wird für eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Berufsausbildung gemäß dem sog. Kopenhagen-Prozess eine Ministerkonferenz zur Überprüfung veranstaltet.

Europa braucht Spitzenuniversitäten, eine effektivere Umsetzung von Wissen und Fertigkeiten sowie eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Wirtschaft. Während der finnischen Präsidentschaft wird die Initiative der Kommission zu einem europäischen Technologieinstitut und zur Erneuerung des Informationsaustauschs der europäischen Universitäten behandelt. Mit diesen Projekten wird eine Stärkung der Innovationspolitik, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands angestrebt.

Die Kommission wird im Herbst 2006 eine Empfehlung für einen Bezugsrahmen europäischer Abschlüsse vorstellen, die das gesamte Ausbildungssystem betreffen. Der Zweck eines gemeinsamen Bezugsrahmens ist die Erleichterung der internationalen Vergleichbarkeit und Mobilität.

Finnland zielt weiterhin auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch im Bereich der kreativen Industrien. Besondere Aufmerksamkeit

gilt dabei den Inhalten von Internetveröffentlichungen und die online-basierte Verbreitung von Filmen, Musik und anderen kreativen Inhalten der Kulturindustrie.

Finnland klärt die Möglichkeiten eines vermehrten Studenten- und Lehreraustauschs zwischen der EU und Russland. Während der Präsidentschaft wird auch die Umsetzung der zwischen der EU und Russland vereinbarten Kultur-Roadmap vorangetrieben.

Unter finnischer Federführung wird die Ratifizierung seitens der Gemeinschaft und der Mitgliedsstaaten des im Herbst 2005 verabschiedeten Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung vielseitigen kulturellen Ausdrucks vorbereitet. Die den interkulturellen Dialog der Union als Themenjahr 2008 betreffende Entscheidung wird während der finnischen Präsidentschaft abgeschlossen und die Vorbereitung des Themenjahres in den Mitgliedsländern in Gang gesetzt.

In Bearbeitung ist auch der Kommissionsvorschlag über audiovisuelle Dienste, der die Veränderung der TV-ohne-Grenzen-Richtlinie zur schnelleren Reaktion auf die beschleunigte technologische Entwicklung in der Branche betrifft. Es ist das Ziel Finnlands, die Behandlung der Angelegenheit aktiv im Rat voranzutreiben.

Im Jugendbereich verfolgt Finnland das Ziel, die Umsetzung des offenen Koordinationsverfahrens zu bestärken und der Kommission und den Mitgliedsstaaten konkrete Ziele zur Beteiligung und Information der Jugend vorzuschlagen. Während der Präsidentschaft wird auch angestrebt, die Stellung der Jugendforschung als Instrument der politischen Entscheidungsfindung zu stärken, sowie die im Jugendbereich agierenden Akteure (Verwaltung, Forscher und Jugendliche) in ihrer Zusammenarbeit bei der Vorbereitung, Verwirklichung und Bewertung von Entscheidungen zu fördern.

## UMWELT

### Klimawandel

Die Verlangsamung des Klimawandels ist eine zentrale Frage während der finnischen Präsidentschaft. Dieser Sachverhalt wird sowohl auf internationaler Ebene als auch EU-intern behandelt. Auf internationaler Ebene beabsichtigt Finnland die Vorantreibung des Prozesses mit dem Ziel, eine weltweite Übereinstimmung darüber zu erreichen, wie das System des Klimaabkommens der Vereinten Nationen nach Ablauf der Vertragsperiode des Kioto-Protokolls 2012 weiterentwickelt wird. Die zentralen Aufgaben sind die aktive Vorbereitung und Teilnahme an den Treffen der Vertragsparteien zum Klimaabkommen der Vereinten Nationen und dem Kioto-Protokoll, die während der finnischen Präsidentschaft veranstaltet werden. Die den Klimawandel betreffenden Fragen sind auch bei dem transatlantischen Dialog der EU und der Kooperation mit Drittländern von zentraler Bedeutung. Über das Thema wird auf zahlreichen Drittländergipfeln diskutiert, darunter auch auf der ASEM-Gipfelkonferenz.

Finnland setzt auch die Arbeit im Hinblick auf die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Kioto-Protokoll im Rahmen der Gemeinschaft und der Mitgliedsstaaten fort. Das umfasst zumindest die Bewertung des EU-Handelssystems mit Emissionsrechten, worüber die Kommission gemäß der Handelsrichtlinie zu den Emissionsrechten im Sommer 2006 einen Bericht dem Europäischen Parlament und dem Rat aushändigen wird.

### Biodiversität

Die Kommission gab im Mai 2006 einen Informationsbericht über die Biodiversitätspolitik für die Jahre 2007-2013 heraus. In dem Bericht wird aufgezeigt, welche Maßnahmen es bedarf, um sowohl das im Jahr 2001 in Göteborg im Europäischen Rat gesetzte Ziel zu erreichen, den Rückgang der Biodiversität bis 2010 zu stoppen, als auch sich den in Johannesburg vereinbarten globalen Ziele zu nähern. Finnland hält die Steuerung der Biodiversitätspolitik der Gemeinschaft wie auch im globalen Maßstab für einen zentralen Schwerpunkt seiner Präsidentschaft und fördert aktiv die Erreichung der vereinbarten Biodiversitätsziele.

## Sechstes Umweltaktionsprogramm

Während der finnischen Präsidentschaft wird mit der Zwischenbilanz des sechsten Umweltaktionsprogramms (2002 – 2011) der Gemeinschaft begonnen. Die Kommission gibt voraussichtlich im Juli 2006 einen Bericht über die Verwirklichung des Programms heraus, auf dessen Grundlage Finnland die Zwischenbilanz so weit wie möglich fertig stellen wird. Die Kommission hat aller Voraussicht nach schon bis zum Beginn der Präsidentschaft Vorschläge für die sieben thematischen Strategien des Programmes und der damit zusammenhängenden Gesetzesvorschläge unterbreitet.

Die Strategien betreffen die Luftqualität, die Vermeidung der Abfallerzeugung und Recycling, Nachhaltigkeit der natürlichen Ressourcen, Meeresumwelt, die städtische Umwelt, Bodenschutz und nachhaltigen Einsatz von Pestiziden. Während der finnischen Präsidentschaft behandelt der Rat insbesondere die Luftqualität, Meeresumwelt und Vorhaben im Zusammenhang mit Abfällen und natürlichen Ressourcen.

Finnland wird während seiner Ratspräsidentschaft aktiv die Meeresumweltstrategie und die damit verbundene Rahmenrichtlinie vorantreiben. Wir halten für wichtig, dass für den Schutz der europäischen Meere gemeinsame und kohärente Grundsätze geschaffen werden. Darüber hinaus ist auch von Bedeutung, dass im Rahmen der Strategie und des Richtlinienvorschlages die Fortsetzung der regionalen Zusammenarbeit bei den bestehenden Meeresschutzabkommen inklusive der Zusammenarbeit mit Drittländern hervorgehoben wird.

Finnland setzt die Behandlung der Regulierungsvorschläge für die Luftqualität fort. Dazu gehören die Rahmenrichtlinie für Luftqualität und die Kraftfahrzeuge betreffende sog. EURO 5-Bestimmungen. Im Herbst wird gemäß dem Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht das 18. Treffen der Vertragsparteien veranstaltet.

Während der Präsidentschaft wird die Behandlung der Vorschläge zum Abfallmanagement fortgeführt. Finnland wird aktiv die Behandlung der Abfallrahmenrichtlinie vorantreiben. Die zentralen Fragen sind insbesondere der Geltungsbereich der Richtlinie und die Abfalldefinitionen. Zusätzlich zur inhaltlichen Entwicklung der Abfallpolitik ist das Ziel die Vereinfachung einer erneuerten Abfallgesetzgebung. Im Herbst 2006 wird das 8. Treffen der Vertragsparteien zum Abfalltransfer gemäß dem Baseler Abkommen veranstaltet.

## LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

### Landwirtschaft

Finnland beabsichtigt während seiner Präsidentschaft eine Diskussion über ein Modell einer europäischen Landwirtschaft zu führen, die wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltig die zukünftigen Herausforderungen der Landwirtschaftspolitik aufnimmt. Eine gemeinsame

Landwirtschaftspolitik, die in den letzten Jahren oftmals reformiert wurde, steht auch in Zukunft inneren und äußeren Herausforderungen der Union gegenüber.

Finnland bringt im Rahmen der Marktordnung einer gemeinsamen Landwirtschaftspolitik mithilfe des Informationsbericht die Erneuerung des Weinsektors voran und beginnt die Behandlung eines entsprechenden Kommissionsvorschlags. Ein weiteres Ziel ist die Herbeiführung einer Entscheidung zur Erneuerung der Marktgestaltung des Bananensektors.

Andere bedeutende Gesetzgebungsprojekte im Rat sind während der finnischen Präsidentschaft die Erneuerung der gesetzlichen Branntweinregelungen sowie der Regelungen zur landwirtschaftlichen Bioproduktion. Ersteres wird im Mitentscheidungsverfahren mit dem europäischen Parlament behandelt. Finnland strebt in beiden Fragen eine politische Verständigung während des Herbst an.

Im Laufe des Jahres 2006 wird der Rat die Rolle der erneuerbaren Energien in der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik auf der Grundlage des Aktionsplans der Kommission zur Biomasse bewerten. Es ist das Ziel Finnlands, eine politische Übereinstimmung für eine Neuordnung der Subventionen von Energiepflanzen zu erreichen.

#### Veterinärmedizin und Pflanzengesundheit

Im Bereich der Veterinärmedizin wird Finnland die Diskussion und Entwicklung einer Tierseuchenpolitik der Gemeinschaft vorantreiben. Zur Bekämpfung von Tierseuchen betont Finnland insbesondere die Prophylaxe. Finnland organisiert in Zusammenarbeit mit der Kommission eine Konferenz über die Tierseuchenstrategie der Gemeinschaft für die Jahre 2007-2013. Im Rat sind auch zahlreiche Projekte zur angemessenen Tierhaltung und – pflege zu behandeln. Finnland setzt u. a. die Behandlung des Richtlinienvorschlags zum Schutz von Hühnern mit dem Ziel fort, dass eine politische Übereinstimmung im Rat erzielt wird. Darüber hinaus betont Finnland die Wichtigkeit der Förderung des Lebensmittelschutzes. Dieser tritt besonders bei den Verhandlungen mit Drittländern hervor.

Im Hinblick auf die Pflanzengesundheit arbeitet der Rat aktiv an der Erneuerung der gesetzlichen Regelungen zu Pestiziden.

#### Wälder

Der Rat behandelt während der finnischen Präsidentschaft einen Aktionsplan für die Wälder der EU mit dem Ziel, eine abschließende Erklärung im Rat zu verabschieden. Die abschließende Erklärung des Rates erfolgt auch zur Vorbereitung der nächsten Sitzung des Waldforums der Vereinten Nationen, bei dem die Verabschiedung von weltweit gültigen Instrumenten zum Schutz der Wälder angestrebt wird.

#### Fischerei

Der Rat entscheidet über die das Jahr 2007 betreffenden Fischfangmöglichkeiten in der Ostsee und anderen Seegebieten sowie über die Möglichkeiten der Tiefseefischerei bestimmter Fischarten in den Jahren 2007-2008. Darüber hinaus wird in den drei Bereichen über einzelne Quoten für Fischarten für die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft entschieden. Die Entscheidung über einen europäischen Fischereifonds fällt in die finnische Präsidentschaft.

## BEREICHE FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT

Der Schwerpunkt bei Angelegenheiten des Rechts und des Inneren liegt in der Bewertung des Haager Programms. Es ist das Ziel, die politische Steuerung in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht bei den zentralen Fragen im Europäischen Rat zu übernehmen. Zu diesem Fragenkatalog zählt z. B. die Verbesserung bei den Entscheidungen zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit bei Strafsachen, Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylaufnahmesystems, Entwicklung der politischen Leitlinien zur Überwachung der Außengrenzen der Union und das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. Die Bewertung beruht auf drei Informationsberichten der Kommission, die von der Kommission im Juli vorgestellt werden.

Auch die Außenbeziehungen in Angelegenheiten des Rechts und des Inneren sollen während der finnischen Präsidentschaft verbessert werden. Schwerpunkt ist dabei die Zusammenarbeit mit Russland und den USA.

### Stärkung der Freiheit

Die Stärkung der Freiheit umfasst die Einwanderungs-, Asyl- und Grenzsicherheitspolitik der Union. Die Kommission wird im Frühjahr 2007 ein Grünes Buch zu einem gemeinsamen europäischen Asylaufnahmeverfahren herausgeben, das gemäß des Haager Programms bis zum Jahr 2010 fertig sein sollte. Während der finnischen Ratspräsidentschaft werden die Gespräche darüber aufgenommen, wie ein gemeinsames Asylaufnahmeverfahren im Rahmen der ersten Gesetzgebungsphase zu gestalten ist. Finnland zielt darauf ab, dass man von einer Mindestregelung zu einer umfassenden gemeinschaftlichen Regelung fortschreitet und die Erweiterung der Asylaufnahmeregelungen auch den subsidiären Schutz betreffen. Gleichzeitig ist auch die Praxis der Zusammenarbeit der Asylaufnahmebehörden der Mitgliedsstaaten zu entwickeln.

Die Einwanderungsfragen werden während der finnischen Präsidentschaft als Ganzes unter Berücksichtigung der legalen und illegalen Einwanderung geprüft. Im Haager Programm wird die Wichtigkeit der legalen Einwanderung betont, obwohl gleichzeitig eingestanden wird, dass die Mitgliedsstaaten über Umfang und Qualität der arbeitsmarktbedingten Einwanderung entscheiden. Während der finnischen Präsidentschaft wird der Informationsbericht der Kommission über illegale Einwanderung behandelt. Es ist das Ziel Finnlands, die abschließenden Erklärungen im Rat zu verabschieden, an denen die weitere Behandlung der Angelegenheiten ausgerichtet wird. Während der Präsidentschaft wird auch der EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels unter Berücksichtigung der Menschenrechts- und Opferschutzfragen umgesetzt.

Bei der Grenzsicherheit ist das Ziel Finnlands, die politischen Leitlinien zu verabschieden, mit denen die Mitgliedsstaaten zu einer verbesserten Überwachung der EU-Außengrenzen verpflichtet werden. Das umfasst u. a. eine entsprechende Ausrichtung der nationalen und finanziellen Ressourcen. Der Grenzschutzbehörde (Frontex) wird entsprechende politische Unterstützung und Steuerung gewährt.

Die Erweiterung des Schengen-Bereichs wird während der finnischen Präsidentschaft auf der Grundlage verschiedener Berichte und Evaluierungen fortgeführt. Es ist das Ziel, dem Rat im Dezember die politischen Erklärungen zu übergeben, in denen die aktuelle Situation bewertet und konkretisiert wird und mögliche Maßnahmen aufgezeigt werden, bevor die endgültige Entscheidung des Rates zur Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen erfolgt. Eine besonders kritische Frage ist die Aktualisierung des Schengen-Informationssystem (SIS II), das vor der Entscheidung fertig sein muss.

## Stärkung der Sicherheit

Die Umsetzung der Terrorismusabwehr ist Teil der im Dezember 2005 verabschiedeten Strategie der Union. Schwerpunkt ist ein Aktionsplan gegen die Radikalisierung des Terrorismus und Maßnahmen gegen die Anwerbung.

Die Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Justiz- und Strafverfolgungsbehörden ist von zentraler Bedeutung sowie die Maßnahmen gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus. Mithilfe des sog. Grundsatzes der Verfügbarkeit, nach dem einer Strafverfolgungsbehörde eines anderen Mitgliedstaates Informationen nach den gleichen Behördenprinzipien wie im eigenen Land zur Verfügung gestellt werden, soll dies erreicht werden. Der Grundsatz der Verfügbarkeit soll bis Anfang 2008 ein Eckstein für den Informationsaustausch werden. Finnland wird dieses Projekt unter besonderer Berücksichtigung von Datenschutzfragen bei der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz in den Strafsachen weiter vorantreiben, bei denen vor einer In-Krafttretung des Grundsatzes der Verfügbarkeit eine Entscheidung herbeizuführen ist.

Finnland strebt eine Verbesserung der operativen Zusammenarbeit in der Union an. Die Zusammenarbeit der Polizei-, Zoll- und Grenzschutzbehörden in Finnland wurde in der Union als sog. Best Practise gewürdigt. Mithilfe des Modells lässt sich die auf Informationen beruhende Strafverfolgungsarbeit weiter verbessern. Finnland hält die Zusammenarbeit zwischen Europol und Eurojust für wichtig.

Das Krisenkoordinierungssystem der EU für grenzüberschreitende Krisen wird im Juli 2006 in Betrieb genommen. Die Fähigkeit der EU auf die verschiedensten Großunfälle zu reagieren, wird auch mithilfe der Stärkung von schnellen Eingreifelementen verbessert. Im Juni wird im Europäischen Rat u. a. die konsularische Arbeit der EU behandelt, auf deren Grundlage Finnland die Arbeit fortsetzen wird.

Eine zentrale Koordination von Rettungskräften in den Mitgliedsstaaten wird über die Erneuerung des Informations- und Notrufsystems entwickelt. Zur Entwicklung der Rettungsdienste in der EU wird für die Jahre 2007-2013 ein Finanzierungsplan aufgelegt, über den die Entwicklung dieses Bereichs gefördert wird. Im gleichen Zusammenhang werden Prinzipien und Verfahren von Hilfsaktionen der Rettungsdienste der EU für Drittländer erarbeitet.

## Stärkung des Rechts

Finnland fördert insbesondere solche Projekte, bei denen die gegenseitige Anerkennung des Prinzips rechtsstaatlicher Zusammenarbeit gestärkt wird. Vertrauen in die Rechtssysteme der Mitgliedsstaaten ist Voraussetzung, damit Urteile und Entscheidungen ohne zusätzliche Untersuchungen vollstreckt werden können. Finnland treibt die Behandlung der Rahmenentscheidung für Beweisanordnungen im Rahmen seiner Möglichkeiten voran. Die Pläne können auf der Grundlage der Ergebnisse der österreichischen Präsidentschaft präzisiert werden. In den Verhandlungen über die Rahmenbeschlüsse zur Vollstreckung von Freiheitsstrafen im jeweiligen Heimat- oder Aufenthaltsstaat des Verurteilten versucht Finnland die noch offenen Fragen zu klären.

Im Zivilrecht möchte Finnland eine politische Übereinstimmung bei der Verordnung zu geringfügigen Forderungen sowie bei der Richtlinie zu Schlichtungen in Zivilangelegenheiten erzielen. Finnland setzt die Arbeit an der Verordnung für das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I) sowie an der Verordnung zu Schuldverhältnissen zum gesetzlichen Unterhalt fort. Die Verordnung für das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II) wird durch einen

gemeinsamen Standpunkt des Rates erreicht und danach durch weitere Verhandlungen mit dem Parlament.

Die Agentur für Grundrechte soll Anfang 2007 funktionsfähig werden. Noch nicht entschieden ist über den Aufbau der Agentur, ihren geografischen Funktionsbereich und ihre Zuständigkeit in Fragen, welche die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen betrifft. Ziel ist die Schaffung einer unabhängigen und effektiven Agentur. Finnland betont auch die Offenheit der Agentur. Die Agentur soll sich auf die Arbeit der EU konzentrieren sowie in enger Zusammenarbeit mit den anderen Institutionen (Europäischer Rat) agieren.

## AUßENBEZIEHUNGEN DER UNION

Die äußeren Aktivitäten der EU und ihre Kohärenz können im Rahmen der bestehenden Verträge verbessert werden. Finnland ist während der Präsidentschaft bereit, die Entwicklung der Außenbeziehungen unter Nutzung der bestehenden Strukturen und Instrumente zu fördern. Die Verbesserung der Außenbeziehungen erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und den Mitgliedsstaaten.

Die westlichen Balkanländer sind dabei eine zentrale Frage der Außenbeziehungen während der Präsidentschaft. Im Kosovo wird eine Lösung des von den Vereinten Nationen vorangetriebenen Statusprozesses unterstützt und ein einstimmiges Auftreten der EU angestrebt. Die Schlussphase des Statusprozesses fällt in die finnische Präsidentschaft. In die finnische Präsidentschaft fallen voraussichtlich auch die Entscheidungen über die zukünftigen Kosovo-Verpflichtungen der EU, und damit auch über die ESDP-Operation und die institutionale Rolle. In Serbien ist das Ziel, den Einfluss der EU und die effektive Nutzung der stabilisierenden Instrumente zu nutzen. Während der Präsidentschaft wird die europäische Perspektive für die westlichen Balkanländer im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses unterstützt.

Während der Ratspräsidentschaft werden die Beziehungen zwischen der EU und Russland hervorgehoben. Die EU-Russland-Gipfelkonferenz wird am 24.11.2006 in Helsinki abgehalten. Finnland möchte die zwischen der EU und Russland vereinbarten sog. Roadmaps zu gemeinsamen Fragen durch konkrete Zusammenarbeit weiterbringen und umsetzen. Mit den beiderseitigen Bemühungen zur Zusammenarbeit wird eine Stärkung des Ständigen Partnerschaftsrats (PPC, Permanent Partnership Council) mithilfe der Organisation von Treffen auf Ministerebene angestrebt. Finnland ist der Ansicht, dass mithilfe der PPC-Konferenzen ein effektives politisches Steuerungs- und Beobachtungsinstrument für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland entwickelt werden soll.

Finnland bereitet sich auf die Organisation der PPC-Konferenzen für die Bereiche Justiz und Inneres sowie Umwelt, Energie und Verkehr auf Außenministerebene vor. Andere zentrale Bereiche während der finnischen Präsidentschaft sind u. a. die Verbesserung der Handels- und Investitionsbedingungen und die Entwicklung der Zusammenarbeit der Zollbehörden.

Der zwischen der EU und Russland bestehende PKA-Vertrag läuft im Jahre 2007 aus. Der im Jahre 1997 in Kraft getretene Vertrag deckt nicht die heutige Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland ab. Es ist das Ziel Finnlands, dass das der Kommission zu übertragende Verhandlungsmandat im Laufe des Jahres 2006 verabschiedet wird, so dass auf der EU-Russland-Gipfelkonferenz in Helsinki eine Entscheidung über die offizielle Aufnahme von Verhandlungen mit Russland getroffen werden kann. Die Verhandlungen können während

der deutschen Ratpräsidentschaft im Frühjahr 2007 oder nach Bestätigung der WTO-Mitgliedschaft Russlands begonnen werden.

Der zweite Aktionsplan der Nördlichen Dimension endet mit dem Ende des Jahres 2006. Die Ministerkonferenz der Nördlichen Dimension entschied am 21.11.2005 über die Veränderung der Nördlichen Dimension in eine gemeinsame Politik zwischen der EU, Russland, Norwegen und Island. Die befristeten Aktionspläne werden durch ein sog. ständiges Rahmendokument ersetzt. Die das neue Rahmendokument betreffenden Verhandlungen sollen während der finnischen Präsidentschaft zu einer Entscheidung geführt werden. Dieses Rahmendokument soll auf politischer Ebene bei der EU-Russland-Gipfelkonferenz verabschiedet werden.

Es ist das Ziel, dass das Dokument strategisch und weitreichend ausgerichtet ist und auch hinreichende Umsetzungs- und Überwachungsmechanismen beinhaltet. Es soll u. a. die von der Nördlichen Dimension abgedeckten Gebiete und Sektoren definieren und die Partnerschaften der Nördlichen Dimension fördern und entwickeln.

Es ist das Ziel Finnlands, die konkrete Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA zu erweitern, um die Lösung weltweiter und regionaler Probleme voranzubringen. Ein wesentlicher Teil der Entwicklung der Zusammenarbeit ist die Vertiefung des strategischen Dialogs. Finnland will sich in den EU-USA-Beziehungen auf die bilateralen und internationalen Fragen konzentrieren. Die drei zentralen Schwerpunktbereiche sind die Klimapolitik, Umsetzung der Wirtschaftsinitiative sowie Förderung der Demokratie und Stabilität, Konfliktlösungen und die Förderung verantwortungsvoller Staatsführung in Ost- und Südosteuropa. Auch die Stärkung der inneren Kohärenz der EU in den transatlantischen Beziehungen gehört zu den Zielen während der Präsidentschaft.

Es ist nach wie vor das Ziel, die 2001 begonnene Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO im Jahre 2006 zu einem Abschluss zu bringen. Finnland bereitet sich auf seine EU-Ratpräsidentschaft so vor, dass die Interessen der Union und der Mitgliedsstaaten während der letzten Verhandlungsrunde so gut wie möglich berücksichtigt werden. Der als EU-Verhandlungspartner agierenden Kommission soll eine möglichst starke und kohärente Unterstützung der Mitgliedstaaten gewährt werden. Ein enger Informationsaustausch zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten sowie eine bei Bedarf kurzfristige Formulierung neuer gemeinsamer Standpunkte fördert die Verwirklichung der EU-Ziele.

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU (ESVP): Während der finnischen Präsidentschaft werden die bestehenden ESVP-Operationen/Missionen fortgesetzt. Die zentralen Fragen sind darüber hinaus u. a. die Vorbereitung der Zivilkrisenmanagementmission im Kosovo sowie der Einsatz und Abschluss der EU-Operation zur Unterstützung der Friedenssicherungsoperation MONUC der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo.

Auch die Arbeit an den Mitteln und Fähigkeiten wird während der finnischen Präsidentschaft fortgesetzt. Die Grundlage für die Arbeit an der Entwicklung der militärischen Fähigkeiten wird durch das Planziel 2010 (Headline Goal 2010) vorgegeben. Im Bereich des Zivilkrisenmanagements gilt als Grundlage das Krisenreaktionsziel 2008 (Civilian Headline Goal 2008).

Im Bereich der Krisenreaktionskräfte sollen die EU-Gefechtsverbände bis zum 1.1.2007 in voller Bereitschaft sein.

Ein zentrales ESVP-Thema ist weiterhin die Entwicklung der Zivil-Militärkoordination. Auch die Überprüfung der Finanzierungsmechanismen der militärischen Krisenmanagementoperationen fallen in die finnische Präsidentschaft.

Finnland ist während seiner Ratspräsidentschaft auch Gastgeber der ASEM-Gipfelkonferenz zwischen der EU und den asiatischen Ländern am 10.-11.9.2006 in Helsinki. Die Tagesordnungspunkte betreffen breite Felder der Zusammenarbeit, die Stärkung der multilateralen Beziehungen und die Reaktion auf Sicherheitsgefährdungen, nachhaltige Entwicklung, darunter Fragen zur Umwelt und Energiesicherheit, kultureller und nationaler Dialog sowie Globalisierung und Wettbewerbsfähigkeit.

Das Ziel ist auch die konsequente und sich gegenseitig ergänzende Umsetzung der länderspezifischen Aktionsprogramme zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie die Entwicklung der regionalen Dimension der ENP im Zusammenhang mit dem Zwischenresümee zur Nachbarschaftspolitik. Im Rahmen der Europa-Mittelmeer Partnerschaft, des sog. Barcelona-Prozesses, wird das im Herbst 2005 verabschiedete 5-Jahresaktionsprogramm umgesetzt, in dessen Zusammenhang zahlreiche Ministerkonferenzen veranstaltet werden, darunter auch das Außenministertreffen am 27.-28.11.2006 in Tampere. Während der Präsidentschaft wird u. a. eine Stärkung des kultur- und religionsübergreifenden Dialogs angestrebt.

Der Schutz und die Förderung der Grund- und Menschenrechte gehören zu den zentralen Aufgaben der Union. Finnland beabsichtigt während seiner Präsidentschaft, die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik als Teil der gesamten EU-Politik zu fördern sowie die Kohärenz der Menschenrechtspolitik der EU in der Innen- und Außenpolitik der Union zu vermehren. Dabei gilt besondere Aufmerksamkeit auch dem Menschenrechtsdialog und den Konsultationen der EU.

Die EU als globaler Akteur: Die finnische Präsidentschaft fällt mit wichtigen Reformen der Vereinten Nationen zusammen. Finnland versteht die Vereinten Nationen als Kern eines leistungsstarken multilateralen Systems und unterstützt ihre Stärkung und Erneuerung. Finnland und die EU unterstützen die Vereinten Nationen in ihrem Streben nach Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte und die Bindung an internationales Recht. Die Entwicklung des internationalen Umweltmanagements wird fortgeführt. Finnland möchte auch die Kohärenz der Politik der Vereinten Nationen über eine EU-Koordinierung verbessern. Eine zentrale Angelegenheit während unserer Ratspräsidentschaft ist auch die Umsetzung der Millenniumsziele.

Finnland konzentriert sich während der Präsidentschaft auf die im Jahre 2005 eingegangenen Verpflichtungen, wie die neue Erklärung zur Entwicklungspolitik sowie die Umsetzung der Afrika-Strategie der EU. Die Förderung von Entwicklungsfragen im Rahmen einer ergebnisorientierten Entwicklungszusammenarbeit und Politikkohärenz, darunter Handel und Entwicklung, sind besondere Schwerpunkte.

Darüber hinaus wird die Entwicklung im Nahen Osten, Iran und Irak über den Rat für allgemeine und äußere Angelegenheiten genau verfolgt.